

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 9/ 2015

29. Oktober 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) statt. Wir möchten als SPD-Fraktion auch weiterhin die Gelegenheit nutzen, um auf die SVV und die Kommunalpolitik der letzten Tage und Wochen zurückzublicken. Dazu nutzen wir seit nunmehr fast 5 Jahren regelmäßig den Newsletter der SPD-Fraktion.

Doch dieser Newsletter ist mehr als nur bloße Information. Er soll an Sie als Leser auch eine Einladung sein sich einzubringen, mitzudiskutieren und die Kommunalpolitik in Brandenburg an der Havel kritisch und interessiert zu begleiten.

Es würde mich freuen, wenn Sie an unserem Newsletter Gefallen finden.

Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen gerne unter fraktion@spd-stadt-brandenburg.de zur Verfügung.



Ihre/ Eure

Britta Kornmesser

Britta Kornmesser

Erklärung im Rahmen der Aussprache zum Thema „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“



Sehr geehrter Herr Paaschen,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Aussprache zur Bundesgartenschau 2015 bietet uns die Gelegenheit in der notwendigen Offenheit über die vergangene Bundesgartenschau und die Schlussfolgerungen daraus zu sprechen.

Wir haben uns vor 8 Jahren alle gemeinsam für eine BUGA-Bewerbung entschieden und hatten damit nicht vordringlich das Ziel verfolgt nur zu diesem Highlight Menschen in unsere Stadt zu ziehen, nein unser Ziel

war es mit Weitsicht sowohl in die Entwicklung unserer Stadt - als auch in Regionalentwicklung zu investieren und somit langfristig dauerhafte positive Effekte zu erzielen.

Festzustellen ist, die BUGA hat einen ganzen Landstrich im Havelland belebt und zusammengebracht. Havelberg, Rathenow, Stölln, Premnitz und Brandenburg an der Havel verstehen sich endlich als gemeinsame Region und haben einen überregionalen Bekanntheitsgrad erreicht. Viele Besucher wollen wiederkommen.

Der Bekanntheitsgrad der Region wird bleiben, ebenso wie die Gestaltung der wunderbaren Parks und Anlagen in unserer Stadt, der Marienberg, der Humboldthain, der Rosenhag, der Johanniskirchplatz mit der sanierten Johanniskirche oder auch die restaurierte Werft. Unsere Stadt kann sich wirklich sehen lassen und wird auch zukünftig Touristen anziehen.

Als Mitarbeiterin des Wasser- und Schifffahrtsamtes Brandenburg lag mir insbesondere das Motto „von Dom zu Dom – das blaue Band der Havel“ und die Einbeziehung der Havel am Herzen, denn dadurch sollte dem Wassertourismus in der Region ein zusätzlicher Impuls gegeben werden. Auch wenn das Motto irgendwann leider nicht mehr die zentrale Rolle spielte und in „5 sind eins – deins geändert“ wurde, so konnte man sich in diesem Sommer davon überzeugen, dass der Boots- und Chartertourismus einen enormen Aufschwung genommen hat, was im Übrigen auch die Bootsanmeldezahlen beim WSA Brandenburg belegen.

Die BUGA an sich wird also bei den meisten Beteiligten und Besuchern in positiver Erinnerung bleiben – davon bin ich fest überzeugt und darauf können wir als Stadt sehr stolz sein.

Es ist aber auch ein Teil der Wahrheit, dass ein zweistelliger Millionenbetrag als Defizit bleiben wird. An diesem Erbe der BUGA werden die Kommunen und insbesondere unsere Stadt lange zu tragen haben. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, werden wir gemeinsam stellen und beantworten müssen, denn wir Stadtverordneten stehen hier in der politischen Verantwortung und müssen uns fragen lassen, ob alles getan wurde, um die BUGA zum geplanten Erfolg zu führen.

- War das Verkehrskonzept zwischen den Standorten plausibel?
- War das Marketing offensiv genug und hat es z.B. die Menschen aus der Hauptstadtregion und Potsdam, die keine Hotelübernachtung benötigen, angesprochen und bewegt die BUGA zu besuchen?
- Gab es ausreichende und ansprechende Angebote für jüngere Besucher, um auch Familien anzuziehen?

Eine der für mich wichtigsten Fragen, ist die Frage nach dem Controlling und der vom BUGA-Zweckverband praktizierten Informationspolitik. Und genau hier ergeben sich für mich ernsthafte Zweifel. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine umfangreiche persönliche Erklärung in der letzten SVV und die Gründe, die mich zum Rücktritt aus dem Vorstand des BUGA-Zweckverbandes bewogen haben. Auf die konkreten Einzelheiten möchte ich an dieser Stelle nicht nochmal eingehen, jedoch mit Nachdruck noch einmal darauf hinweisen, dass sich meine Aussagen nicht gegen die BUGA an sich sondern gegen die mangelhafte Informationspolitik und das Verschweigen von offensichtlichen Problemen und finanziellen Schwierigkeiten seitens des Zweckverbandes bzw. der Zweckverbandsvorsitzenden gerichtet hatten.

Nicht als ehemaliges Zweckverbandsmitglied sondern als Stadtverordnete hatte ich Sie Frau Dr. Tiemann im Rahmen der BUGA-Berichterstattung des letzten Stadtentwicklungsausschusses am 14.10. um Aufklärung gebeten, warum Sie uns unter dem Punkte „Bericht der Oberbürgermeisterin über wesentliche Gemeindeangelegenheiten“ in der SVV am 24. Juni nicht bereits über die prekäre finanzielle Entwicklung und anstehenden Probleme informiert haben. Im Ausschuss sind Sie mir leider die Antwort schuldig geblieben, daher bitte ich Sie heute hier meine konkrete Frage zu beantworten.

Als Vorsitzende des BUGA-Zweckverbandes war Ihnen nachweislich bereits Ende Juni bekannt, dass sich die Besucherzahlen erheblich schlechter entwickelt hatten als prognostiziert und bereits ein Defizit von 4,5 Mio € zu verzeichnen war und von dem allein die Stadt Brandenburg bereits für 3 Mio hätte aufkommen müssen.

Im Rahmen Ihres Berichtes über wesentliche Gemeindeangelegenheiten haben Sie zwar umfangreich zu dem tödlichen Baumunfall in Rathenow berichtet, aber zur prekären finanziellen Entwicklung der BUGA kein Wort verloren. Sie haben uns diese grundsätzlich wichtige und haushaltsrelevante Information vorsätzlich vorenthalten. Vielmehr haben Sie uns wider besseres Wissen den Eindruck vermittelt, dass die BUGA gut und finanziell erfolgreich verläuft. Ich zitiere aus dem Protokoll zur SVV:“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es auch zur Wiedereröffnung der Areale in Rathenow am Samstag schon zum Ausdruck gebracht: Natürlich ist dieses tragische Ereignis ein Schatten für unsere *bisher so gut verlaufende BUGA.*“

Frau Dr. Tiemann, sie haben als Verbandsvorsteherin und Oberbürgermeisterin auch danach die reale Entwicklung der BUGA verschwiegen und offenen Auges zugesehen, wie jeden Monat weitere 2 Mio € Defizit dazukamen und sich letztendlich auf über 10 Mio € aufsummiert haben.

- An dieser Stelle müssen wir uns alle hier im Saal fragen, hatten wir ein funktionsfähiges Controlling?
- Gab es regelmäßige Statusberichte des Zweckverbandes, die den Verlauf, Schwierigkeiten und ergriffene Maßnahmen dokumentieren?
- Wer hat Kenntnis davon erhalten? Nur die Oberbürgermeisterin?
- Warum wurden wir als Stadtverordnete nicht informiert?
- Haben wir als Stadtverordnete ausreichend nachgefragt?

Ob der Erfolg der BUGA überwiegt oder der Makel bleibt wird entscheidend vom Umgang mit den offenen Fragen abhängen. Hier gilt es offen und ehrlich aufzuarbeiten.

Wir haben die BUGA gemeinsam gewollt. Wir müssen nun auch bereit sein, gemeinsam Lösungen für die finanziellen Folgen zu finden. Doch dafür erwarten wir als SPD-Fraktion eine schnelle, kritische und transparente Analyse der Ursachen und Verantwortlichkeiten für das hohe negative Haushaltsergebnis.

Zielführend ist für mich ist die Ankündigung von Frau Dr. Tiemann, dass hierzu eine professionelle Evaluation bei einer Hochschule beauftragt werden soll. Ziel hierbei muss es sein, dass nicht nur die Nachhaltigkeit der BUGA untersucht wird, sondern dass das Projekt BUGA, die abgelaufenen Prozesse, der Organisationsaufbau, das Controlling rückblickend untersucht und aufgearbeitet werden um als politisch Verantwortliche ein Verständnis für diese komplexen Zusammenhänge zu bekommen.

Wir als SPD-Fraktion sind überzeugt, dass die Oberbürgermeisterin und der Zweckverband aus ihrer Sicht bereits wichtige Fragestellungen formuliert haben. Doch sind es die gleichen Fragen, die wir als

Stadtverordnete der Stadt Brandenburg haben und die wir demnächst über den Defizitausgleich in Höhe von 6,5 Mio € entscheiden müssen? Für uns ist es daher wichtig, dass die Stadtverordnetenversammlung bei der Erarbeitung der konkreten Aufgabenstellung und bei der Formulierung der zu untersuchenden Fragestellungen aktiv mitwirken und sich einbringen kann. Daher soll vor Beauftragung der Evaluation seitens der Verwaltung eine entsprechende Vorlage für die SVV erarbeitet und zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Mit gleicher Offenheit und Transparenz lassen Sie uns auch die Themen Nachnutzung der BUGA-Flächen, Erhalt oder Wegnahme des Zaunes am Marienberg, welchen Aufwand wollen und können wir zum Erhalt der Flächen zukünftig finanzieren – gemeinsam besprechen und die jeweiligen Vor- und Nachteile neutral abwägen.

Viele hier im Raum haben Ideen und Interessen, ich weiß, einige haben auch schon konkrete Pläne und Überlegungen, doch bevor wir uns die Chancen, die die BUGA auch jetzt noch für unsere Stadt bietet verbauen, möchte ich an die Gemeinsamkeit erinnern, mit der wir vor 8 Jahren angetreten sind. Natürlich kann man jetzt schnell entscheiden, vorhandene Planungen über den Haufen werfen und über Mehrheitsverhältnisse im Hauptausschuss Dinge durchdrücken, aber man kann oder vielmehr sollte doch aufeinander zugehen und gemeinsam überlegen was das Beste für unsere Stadt und nicht für Einzelne ist.

Vielen Dank!

Nicole Näther

Höhere Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr



Die alte Aufwandsentschädigungssatzung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadt Brandenburg ist 20 Jahre alt. Seitdem wurde diese Satzung nicht verändert. Aber seitdem sind die Lebenshaltungskosten gestiegen, vor allem aber sind die Anforderungen an die Kameraden immer weiter gestiegen.

Die SPD-Fraktion hat daher im Januar 2015 einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt, die Verwaltung mit der Überarbeitung dieser alten Satzung zu beauftragen, Orientierung sollten dabei die Höhe der Aufwandsentschädigungen anderer Städte und Gemeinde geben. Der Antrag wurde in der Januar-SVV ausgiebig diskutiert und mit knapper Mehrheit beschlossen.

Die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordneten erfolgte durch die Verwaltung professionell und ohne mehrfache Nachfragen. Die Fachabteilung hat zwanzig Satzungen anderer Städte und Gemeinden im Land Brandenburg ausgewertet und die Ergebnisse in den eigenen Entwurf einfließen lassen. Außerdem hat sie die Führungskräfte der freiwilligen Feuerwehren und den Vorstand der Stadtfeuerwehrverbandes befragt und sich von 94 teilnehmenden Brandschützern deren realen Aufwand beziffern lassen.

Neu ist, dass jeder ehrenamtlich Aktive, der die Truppmann-Ausbildung (Teil 1) absolviert hat und sich regelmäßig fortbildet, eine Pauschale von 30 €/Monat erhält. Das betrifft jeden Feuerwehrmann- und jede Frau, die die Grundausbildung für die freiwillige Feuerwehr geschafft haben. Bisher waren die Kameraden

leer ausgegangen. Sie hatten lediglich zwölf €/Stunde bekommen, wenn sie bei Bedarf Sicherheitswache geschoben haben. Solche Einsätze sind künftig mit der Pauschale abgegolten.

Andere Summen als bisher sollen auch die Ortswehrführer und ihre Vertreter erhalten, statt 34 und 23 € künftig eine monatliche Entschädigung von 70 bzw. 45 €. Die Jugendfeuerwehrwarte der Ortswehren werden mit 65 Euro im Monat bedacht (bisher 20 €), ihre Vertreter, die bisher nichts bekamen, mit 45 €/Monat.

Die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr ist für unsere Stadt von großer Wichtigkeit. Natürlich ist eine Aufwandsentschädigung auch nur ein kleiner Beitrag und eben nur eine Entschädigung. Aber die Erhöhung der Aufwandsentschädigung ist eine angemessene Anerkennung für die geleistete Arbeit und die Einsatzbereitschaft. Zudem sollen die Entschädigungen dazu beitragen, neue Mitglieder für die Freiwillige Feuerwehr zu gewinnen und somit die bei Einsätzen benötigte Anzahl an Helfern auch in Zukunft zu sichern. Die Mitglieder der SPD-Fraktion freuen sich darüber, dass die Stadtverordneten einstimmig dem Satzungsentwurf zustimmten und werten dieses Signal als ein klares Bekenntnis zum Ehrenamt und zur Arbeit der freiwilligen Ortsfeuerwehren.

Dirk Stieger

Der Schnee kann kommen – wir bleiben dran



Wer Brandenburg an der Havel seine Heimatstadt nennt und hier aufgewachsen ist, der kennt den Winterspaß auf dem Marienberg aus eigenem Erleben. Schon der Gedanke an die Rodelbahn am Nordhang ruft eigene Erinnerungen an aufregende Kindertage hervor, auch wenn bei mir inzwischen mehr als 30 Jahre vergangen sind. Heute sind es die eigenen Kinder, die sich auf ihre Rodelbahn freuen.

Und weil das so ist, bestand von Anfang an bei der BUGA-Planung für den Marienberg Einvernehmen zwischen den Stadtverordneten, insbesondere im Stadtentwicklungsausschuss, und der Verwaltung, dass die Abfahrt dauerhaft erhalten werden soll. Diese Einigkeit wurde auch jetzt in der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses deutlich. Hier war klar, kommt der Schnee, dann soll mit der Beseitigung einiger Zaunfelder und Zaunpfähle eine praktische Lösung her.

Eine solche praktische Lösung braucht es auch, soll die Rodelsaison nicht an bürokratischen Hindernissen scheitern. Denn noch ist die Stadt für die Zaunanlage nicht zuständig. Unabhängig davon, ob und wann sich Stadt und BUGA-Zweckverband über das weitere Schicksal der Einzäunung einigen, sollte jetzt schon geklärt werden, dass die Zaunanlage spätestens mit den ersten Schneeflocken geöffnet und die Rodelbahn zur Abfahrt freigegeben werden kann.

Wir wollen, dass die Brandenburger auch nach der BUGA "ihren" Marienberg wieder in Besitz nehmen können. Und dazu gehört auch die Rodelbahn.

Wir werden an dem Thema dran bleiben - noch vor dem ersten Schnee...